**Abs: Ort, Datum:**

**An:**

Botschaft der Republik Kolumbien
I. E. Frau Yadir Salazar Mejia
Taubenstr. 23
10117 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich mache mir große Sorgen um die Sicherheit der Zivilbevölkerung in der Region Catatumbo – einschließlich der dortigen Menschenrechtsverteidiger\*innen. Seit dem 16. Januar eskalieren die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den bewaffneten Gruppen Nationale Befreiungsarmee (*Ejército de Liberación Nacional,* ELN) und der EMBF, einer Splittergruppe der früheren bewaffneten Gruppierung FARC-EP (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo,*FARC-EP). Medien, UN-Vertreter\*innen im Land, nationale Behörden und soziale Organisationen berichten von der Tötung zahlreicher Zivilpersonen, einschließlich Gemeindesprecher\*innen und ehemaliger Mitglieder der 2016 demobilisierten FARC-EP. Die Gefahr massiver Vertreibungen, der Zwangsisolierung von Gemeinschaften sowie weiterer Tötungen und des Verschwindenlassens ist groß. Zivilgesellschaftliche Organisationen in der Region fordern die bewaffneten Gruppen auf, das Leben und die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu respektieren und Maßnahmen zu deren Schutz zu ergreifen. Doch selbst wenn in den letzten Tagen Evakuierungsbemühungen zu verzeichnen waren und die kolumbianischen Behörden versprochen haben, die Zivilbevölkerung zu schützen, sind weitere Schutzmaßnahmen erforderlich.

Trotz eines vorübergehenden Rückgangs der militärischen Aktivitäten und trotz der Zwangsmaßnahmen zur Beendigung des Kokaanbaus seit 2023 sind die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Bevölkerung nach wie vor nicht gewährleistet. Die Menschenrechte der Zivilbevölkerung in der Region Catatumbo sind durch die Folgen der Waffengewalt massiv beeinträchtigt.

Ich bitte Sie hiermit, dringend alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Zivilbevölkerung in der Region Catatumbo zu schützen. Sorgen Sie bitte mittels kollektiver Präventions- und Schutzmaßnahmen für die Sicherheit der örtlichen Bevölkerung, einschließlich der Menschenrechtsverteidiger\*innen und Gemeindesprecher\*innen.

Mit freundlichen Grüßen